

Katrin Steinberg

Urheberrechtliche Klauseln in Tarifverträgen



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden 1998

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung und Gang der Untersuchung	16
Erster Teil: Die Bedeutung der derzeit bestehenden urheberrechtlichen Klauseln in Tarifverträgen	22
A. Die rechtspolitische Diskussion über die tarifvertragliche Regelung der Urheber- und Leistungsschutzrechte und ein Urhebertarifvertragsgesetz	22
B. Die Bedeutung der bestehenden urheberrechtlichen Klauseln in Tarifverträgen für die Vertragsgestaltung in der Praxis	24
I. Begriffsbestimmungen	25
1. Urheberrecht	25
2. Die Leistungsschutzrechte aus §§ 70, 72 und 73 UrhG	26
a) Schutz wissenschaftlicher Ausgaben, § 70 UrhG	27
b) Schutz des Lichtbildners, § 72 UrhG	27
c) Der Schutz des ausübenden Künstlers, §§ 73 ff. UrhG	28
3. Arbeitnehmer, Selbständige, arbeitnehmerähnliche Personen und auf Produktionsdauer Beschäftigte	28
a) Die funktionelle Bedeutung der begrifflichen Unterscheidung	28
b) Der Arbeitnehmerbegriff	29
c) Der Begriff der arbeitnehmerähnlichen Person im Sinne des § 12a TVG	31
d) Zuordnung nach tatsächlichen Gegebenheiten	33
II. Anzahl der im urheberrechtlich relevanten Bereich erwerbstätigen Arbeitnehmer und Selbständigen	34
1. Übersicht über die in die Statistik einbezogenen Erwerbstätigen und die von ihnen in der Erwerbstätigkeit geschaffenen Werke oder vollbrachten schöpferischen Leistungen	34
2. Die nicht berücksichtigten Berufseinheiten	36
3. Übersicht über die Anzahl der Erwerbstätigen je einbezogener Berufseinheit	38
4. Zwischenergebnis	40

III. Bestehende Verbandstarifverträge mit urheberrechtlichen Klauseln	41
IV. Bestehende Firmentarifverträge mit urheberrechtlichen Klauseln	43
1. <i>Firmentarifverträge bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten</i>	43
2. <i>Keine tarifvertragliche Regelung der Arbeitnehmerurheberrechte im Bereich des privaten Rundfunks</i>	45
3. <i>Die Tarifverträge der großen Konzert- und Opernhäuser und der großen Presseagenturen</i>	46
V. Die Anzahl der von den bestehenden Urhebentarifverträgen betroffenen Erwerbstätigen	47
1. <i>Vorbemerkungen</i>	47
a) <i>Die „betroffenen“ Arbeitnehmer oder arbeitnehmerähnlichen Personen</i>	47
b) <i>Eingeschränkte Aussagekraft der Zahlenangaben bezüglich der arbeitnehmerähnlichen Personen bei Rundfunkanstalten</i>	48
2. <i>Übersicht über die Anzahl der von den Urhebentarifverträgen betroffenen Vertragsverhältnisse</i>	48
VI. Aus- und Bewertung der Zahlen	51
1. <i>Die rechnerischen Ergebnisse insgesamt</i>	51
2. <i>Die Ergebnisse für den Sektor der Publizistik</i>	51
3. <i>Die Ergebnisse für den Bereich der Bühnendarsteller einschließlich der Musiker</i>	52
4. <i>Die Sonderrolle des Urhebentarifvertrages für Design-Leistungen</i>	52

Zweiter Teil: Die Zulässigkeit der tarifvertraglichen Regelung von Arbeitnehmerurheberrechten und Urheberrechten arbeitnehmerähnlicher Personen	54
A. Das Recht der Koalitionen zur Vereinbarung urheberrechtlicher Klauseln in Tarifverträgen aus Art. 9 Abs. 3 GG	54
I. Das Verhältnis der Vorschriften des Tarifvertragsgesetzes zu Art. 9 Abs. 3 GG	54
II. Der sachliche Schutzbereich des Art. 9 Abs. 3 GG: Die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	55

1. Keine Beschränkung auf den Kompetenzkatalog des Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG	56
2. Beschränkung auf arbeitsrechtliche Regelungsmaterien ?	58
a) Gegenständliche Beschränkungen bezüglich der Arbeitnehmerurheberrechte	58
(i) Zur Abgrenzung zwischen Pflichtwerken und frei geschaffenen Werken	59
(ii) Die Urheberrechte an Pflichtwerken als arbeitsrechtliche Regelungsmaterie	60
(iii) Die Urheberrechte an frei geschaffenen Werken als nicht dem Arbeitsrecht zuzurechnende Regelungsmaterie	61
(iv) Keine Beschränkung auf arbeitsrechtliche Gegenstände	64
b) Konsequenzen für die bestehenden Klauseln in den Urhebentarifverträgen für Arbeitnehmer	66
(i) Klauseln, die ausschließlich frei geschaffene Werke betreffen	66
(ii) Klauseln, die Bearbeiterurheberrechte regeln	66
3. Gegenständliche Beschränkungen bezüglich der Urheberrechte arbeitnehmerähnlicher Personen	68
III. Zwischenergebnis	69
B. Verfassungsimmanente Schranken der Tarifautonomie	70
I. Die Grundrechte der Koalitionsmitglieder	70
1. Der verfassungsrechtliche Schutz des Arbeitnehmerurhebers und des arbeitnehmerähnlichen Urhebers	70
2. Keine Grundrechtskollision zwischen dem Kollektivgrundrecht der Tarifautonomie und den Urhebergrundrechten der Arbeitnehmer oder der arbeitnehmerähnlichen Personen	71
3. Die Grundrechte der Koalitionsmitglieder als objektive Wertentscheidungen der Verfassung und mögliche Auslöser einfachgesetzlicher Schranken der Tarifautonomie	72
II. Grundrechtskollision zwischen Tarifautonomie und den Grundrechten der Außenseiter	73
C. Sachlich-gegenständliche Schranken der Tarifautonomie aus dem Urheberrechtsgesetz	74
I. Das Verhältnis zwischen Tarifautonomie und anderen staatlichen Gesetzen als dem Tarifvertragsgesetz	74

II. Die Verbindlichkeit des Schöpferprinzips und des Grundsatzes des Unübertragbarkeit für die Tarifvertragsparteien	76
III. Konsequenzen aus der Unabdingbarkeit des Schöpferprinzips und der Unübertragbarkeit des Urheberrechts	78
1. <i>Die Unterscheidung zwischen Bestandteilen des Urheberrechts und den Befugnissen aus dem Urheberrecht</i>	79
2. <i>Mögliche Tarifvereinbarungen bezüglich der Verwertungsrechte des Urhebers</i>	79
a) <i>Die Verwertungsrechte im einzelnen</i>	79
b) <i>Die Einräumung von quasi-dinglichen Nutzungsrechten</i>	80
c) <i>Die rein schuldrechtliche Nutzungserlaubnis</i>	82
3. <i>Mögliche Tarifvereinbarungen über die Urheberpersönlichkeitsrechte</i>	83
a) <i>Die einzelnen Urheberpersönlichkeitsrechte</i>	83
b) <i>Der „Verzicht“ auf Urheberpersönlichkeitsrechte</i>	84
c) <i>Die „gebundene Rechtsübertragung“</i>	85
d) <i>Die rein schuldrechtliche Gestattung</i>	86
e) <i>Der unantastbare Kernbereich der Urheberpersönlichkeitsrechte</i>	86
4. <i>Möglichkeiten der tarifvertraglichen Regelungen bezüglich der Vergütungsansprüche aus dem UrhG</i>	88
a) <i>Tarifvertragliche Regelungsmöglichkeiten bezüglich der Vergütungsansprüche aus §§ 27 Abs. 2, 54 bis 54 h UrhG</i>	89
b) <i>Keine tarifvertraglichen Regelungsmöglichkeiten bezüglich des Vergütungsanspruches aus § 27 Abs. 1 Satz 1 UrhG</i>	89
IV. Die Verbindlichkeit der vertragsrechtlichen Regeln des Urheberrechtsgesetzes für die Tarifvertragsparteien	91
1. <i>Dispositivität der allgemein zwingenden Vorschriften im Einzelarbeitsvertrag gemäß § 43 UrhG</i>	92
a) <i>Rechtsfolge des § 43 UrhG</i>	92
b) <i>Anwendungsbereich des § 43 UrhG</i>	93
2. <i>§ 43 UrhG und die Tarifverträge für arbeitnehmerähnlichen Personen</i>	94
V. Zwischenergebnis	96
D. Schranken bei der Festlegung normativer Tarifregelungen aus dem Tarifvertragsgesetz	96

I. Schranken der Tarifmacht aus § 1 Abs. 1 2. Hs. TVG: Quasi-dingliche Rechtseinträumungen als „Inhalt der Arbeitsverhältnisse“ gemäß § 1 Abs. 1 2. Hs. TVG?	97
1. <i>Die Unzulässigkeit der quasi-dinglichen Rechtseinträumung durch Tarifvertrag nach Rojahn</i>	98
2. <i>Äußerungen in der arbeitsrechtlichen Literatur über tarifvertragliche Verfügungsregelungen generell</i>	99
3. <i>Auslegung des Begriffs des „Inhalts der Arbeitsverhältnisse“</i>	100
4. <i>Erweiternde Auslegung des § 1 Abs. 1 2. Hs. TVG durch richterliche Rechtsfortbildung?</i>	101
a) <i>Die Zulässigkeit der quasi-dinglichen Rechtseinträumung durch Tarifvertrag aufgrund einer „Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs“ nach Herschel</i>	101
b) <i>Keine erweiternde Auslegung des § 1 Abs. 1 2. Hs. TVG</i>	103
5. <i>Zwischenergebnis und Konsequenzen für die bestehenden Klauseln, die eine Nutzungsrechtseinträumung vorsehen</i>	105
II. Zulässiger Inhalt der Tarifverträge für arbeitnehmerähnliche Personen gemäß § 12 a TVG	106
III. Ergänzung: Die quasi-dingliche Einräumung der Nutzungsrechte in privatrechtlichen Verträgen der Koalitionen	108
1. <i>Hohe Anforderungen an eine entsprechende Legitimation</i>	109
2. <i>Abstraktionsgrundsatz und Urheberrecht</i>	110
E. Schranken der normativen Regelungsbefugnis der Tarifvertragsparteien durch die Urhebergrundrechte der tarifgebundenen Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnlichen Personen	112
I. Die Beeinträchtigung der Urhebergrundrechte	113
II. Der einheitliche Grundrechtsschutz des Urhebers aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 14 Abs. 1 GG	115
III. Bindung der Tarifvertragsparteien an die Urhebergrundrechte	116
1. <i>Keine Grundrechtsbindung aufgrund des Begriffs der „Rechtsnorm“ in § 1 Abs. 1 2. Hs. TVG</i>	117
2. <i>Keine Grundrechtsbindung aufgrund der Funktionsnachfolge der Tarifvertragsparteien</i>	121
3. <i>Die Lehre von der „kollektivfreien Individualsphäre“</i>	122

4. Die aus der objektiv-rechtlichen Funktion der Grundrechte folgende staatliche Schutzpflicht als Anknüpfungspunkt für eine Grundrechtsbindung	122
a) Der Adressat der Schutzpflicht	122
b) Kein Schutzbedürfnis im Verhältnis Arbeitnehmer/Arbeitgeber	123
c) Schutzbedürfnis unter den Gewerkschaftsmitgliedern als Auslöser einer staatlichen Schutzpflicht	125
d) Die konkret bei den urheberrechtlichen Klauseln bestehende Schutzbedürftigkeit	127
(i) Die Kollektivierungsgefahr für die Urhebergrundrechte im Verhältnis der Arbeitnehmerurheber zu nicht schöpferisch Erwerbstätigen	127
(ii) Die Kollektivierungsgefahr innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmerurheber	128
e) Schutzpflicht trotz privatautonomer Regelungsermächtigung im Mitgliedschaftsverhältnis	129
5. Bedeutung der Grundrechtsbindung und des Günstigkeitsprinzips für den Grundrechtsschutz der Gewerkschaftsmitglieder	132
6. Das Günstigkeitsprinzip in seiner Funktion als Grundrechtsschutz für den Arbeitnehmerurheber	133
7. Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinne als allgemeines Kriterium für die Reichweite der Grundrechtsbindung	138
8. Unzulässige Kollektivierung der Arbeitnehmerurheberrechte durch die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder und die Konsequenzen für die Praxis	139
9. Die Kollektivierungsgefahr der Arbeitnehmerurheberrechte innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmerurheber	140
a) Grad der Kollektivierungsgefahr als entscheidendes Kriterium für die Angemessenheit des Interessenausgleichs	141
b) Der durch Urheberrechtsgesetz und das Tarifvertragsgesetz vermittelte Grundrechtsschutz	143
c) Einflußnahmemöglichkeiten des einzelnen erwerbstätigen Urhebers	144
d) Geringe tatsächliche Kollektivierungsgefahr	145
e) Die bewußte Entscheidung des Gesetzgebers für eine tarifvertragliche Regelbarkeit der Arbeitnehmerurheberrechte	146
f) Keine weitergehende Schutzpflicht	146

F. Die Zulässigkeit schuldrechtlicher Tarifvertragsregelungen bezüglich der Urhebergrundrechte der abhängig Erwerbstätigen	147
I. Urheberrechtliche Klauseln als schuldrechtliche Verein- barungen des Tarifvertrages	147
II. Das Verhältnis der normativen zur schuldrechtlichen Regelungsmöglichkeit	148
1. <i>Kein Ausschlußverhältnis nach der Rechtsprechung des BAG</i>	148
2. <i>Gleiche Reichweite des schuldrechtlichen und des normativen Regelungsspielraumes für urheberrechtliche Klauseln</i>	149
G. Die kartellrechtliche Zulässigkeit urheberrechtlicher Klauseln	150
I. Vereinbarkeit urheberrechtlicher Tarifklauseln mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	150
1. <i>Anhaltspunkte in den Gesetzesmaterialien zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen über das Verhältnis zwischen Tarifautonomie und Kartellrecht</i>	151
2. <i>Anwendbarkeit des Gesetzes gegen Wettbewerbs- beschränkungen auf die Verwertung von Urheberrechten</i>	152
3. <i>Keine Anwendbarkeit des Gesetzes gegen Wettbewerbs- beschränkungen auf die Arbeitnehmerurheberrechte an Pflichtwerken</i>	153
4. <i>Kartellrechtliche Unbedenklichkeit der Wettbewerbs- verbote für Arbeitnehmer bezüglich der Verwertung der Urheberrechten an frei geschaffenen Werken</i>	154
5. <i>Keine Anwendung des Gesetzes gegen Wettbewerbs- beschränkungen auf urheberrechtliche Klauseln für arbeitnehmerähnliche Personen</i>	155
II. Urheberrechtliche Tarifklauseln und europäisches Kartell- recht	157
1. <i>Keine Anwendung des Art. 85 Abs. 1 EGV auf Tarifverträge für Arbeitnehmer</i>	157
2. <i>Anwendbarkeit des Art. 85 Abs. 1 EGV auf Tarif- verträge mit arbeitnehmerähnlichen Personen</i>	157
H. Die Zulässigkeit einheitlicher Tarifverträge für Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Personen	159

Dritter Teil: Die Zulässigkeit der tarifvertraglichen Regelung von dem Urheberrecht verwandten Schutzrechten der Arbeitnehmer und arbeitnehmerähnlichen Personen	162
A. Die Zulässigkeit tarifvertraglicher Regelung der Schutzrechte aus §§ 70 und 72 UrhG	162
B. Die Zulässigkeit tarifvertraglicher Regelungen bezüglich des Schutzes des ausübenden Künstlers nach § 73 ff. UrhG	162
I. Die Unübertragbarkeit des Schutzrechtes	163
II. Die tarifvertraglichen Regelungsmöglichkeiten bezüglich der Rechte des ausübenden Künstlers und ihre Grenzen	163
1. <i>Die Einwilligungsrechte nach §§ 74 bis 76 Abs. 1 UrhG</i>	163
2. <i>Die Vergütungsansprüche aus §§ 76 Abs. 2 und 77 UrhG</i>	165
3. <i>Der Entstellungsabwehranspruch aus § 83 Abs. 1 UrhG</i>	165
4. <i>Grundrechtliche Grenzen der Zulässigkeit tarifvertraglicher Regelungen bezüglich des Schutzes des ausübenden Künstlers</i>	166
III. Ergebnis	167
 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	 168
 Literaturverzeichnis	 173
Anhang	179